Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 67 (1987)
Heft: 6

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Kommentare

Nach Schweizerhalle ...

Eine Vertrauenskrise, eine Informationskrise

Fünf Monate sind seit dem Brandunglück von Schweizerhalle ins Land gegangen. Ende März dieses Jahres haben an zwei aufeinanderfolgenden Abenden in Basel Podiumsgespräche über die Zukunft der chemischen Industrie in der Nordwestschweiz stattgefunden. Das erste wurde von der Sozialdemokratischen Partei organisiert, das zweite gemeinsam von den drei bürgerlichen Parteien CVP, FDP und den Liberaldemokraten. Das zweite der Gespräche hätte schon Ende 1986, kurz nach dem Unglückstag, stattfinden sollen, musste aber abgesagt werden, nachdem es an einer ähnlichen Veranstaltung zu bedenklichen Ausschreitungen gekommen war. Jetzt verliefen die Debatten gesittet. Sie standen beide, das war offensichtlich, im Zeichen der nahenden Gesamterneuerungswahlen in Basel — aber immerhin: Man kann wieder debattieren, man redet wieder über die Sache, und auch die Spitzenvertreter der chemischen Industrie können in der Öffentlichkeit auftreten, ohne Anrempelungen oder gar direkte Gefährdung befürchten zu müssen. Mehr noch: Im Kanton Basel-Landschaft, wo die kantonalen Behörden im Februar neu bestellt worden sind, ist nach hartem Wahlkampf Dr. Hans Fünfschilling, Stellvertretender Direktor von Hoffmann-La Roche, mit einem für einen erstmals kandidierenden FDP-Vertreter glänzenden Resultat in die Regierung gewählt worden.

Ist also alles wieder auf guten Wegen? Das zu glauben wäre vermessen. Die Angst, die nach dem 1. November in weiten Teilen der Bevölkerung der Nordwestschweiz aufbrach, war echt. Sie war auch — nicht in allen Teilen, aber in ihrem Kern — begründet. Sie ist keineswegs überwunden, und sie führt weiterhin zu emotionalen Reaktionen. Sie wird auch zu politischen, publizistischen, kommerziellen Zwecken in mannigfaltiger Weise missbraucht. Wer die Beziehungen dieses Industriezweiges mit der Öffentlichkeit über einen längeren Zeitraum verfolgt hat, wird daran zweifeln, dass Angst und Sorgen nur die Folgen dieser einen Brandnacht waren. Sie waren latent schon vorher da. Der Brand hat sie freigesetzt. Eine diffuse Angst vor der Chemie ist über Jahre hinaus gewachsen, gefördert auch durch andere Entwicklungen unserer Zeit (Stichwort Kaiseraugst). Und CVP-Nationalrat Dr. Hugo Wick stellte an einer der erwähnten Versammlungen fest, die Angst habe der Gesundheit mehr geschadet als alle direkten chemisch-biologischen Einflüsse. Dr. Wick sprach aus begründeter Erfahrung, er hatte als Oberarzt in einem Basler Spital in der Unglücksnacht Dienst geleistet.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der chemischen Industrie auf allen Stufen waren durch das Unglück mindestens ebenso stark betroffen wie die übrigen Einwohner der Region. Sie

zweifelten am Sinn ihrer Arbeit oder an der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze. Der Verlust des Vertrauens in einen ganzen Industriezweig war mindestens teilweise auch eine Krise des Selbstvertrauens. Sie spielte sich vor dem Hintergrund einer Lebenssituation ab, die ausserhalb der chemischen Industrie stehende Bürger der Region für privilegiert hielten. Das Bewusstsein der wirtschaftlichen Abhängigkeit der ganzen Region von diesem einen Industriezweig ist darüber hinaus der Heranbildung eines unverkrampften Verhältnisses zwischen der chemischen Industrie und der Bevölkerung nicht zuträglich.

Schwachpunkt Lagerhaltung

Es war zunächst an der chemischen Industrie, über die Bücher zu gehen. Sie hat aus der rasch zu gewinnenden Erkenntnis heraus, dass man der Sicherheit der chemischen Prozesse zwar viel Aufmerksamkeit geschenkt hat, derjenigen der Lagerhaltung aber zu wenig, in erster Linie die Lagerung chemischer Substanzen überprüft und die erforderlichen Massnahmen getroffen. Sofortlösungen provisorischer Art waren in diesem Bereich möglich. Ebenso selbstverständlich war die Auswertung der bitteren Erfahrungen, die bei der Vergiftung des Rheins mit Löschwasser gemacht wurden. Die Absicherung der Oberflächengewässer und des Grundwassers gegen derartige Schäden wird erhebliche Investitionen und auch einige Zeit erfordern. Die Arbeiten sind aber im Gang.

Es braucht mehr: Die gesamte Produktepalette der chemischen Industrie sowie die zu ihrer Herstellung angewendeten Verfahren werden einer Überprüfung unterzogen. Dabei werden bezüglich des Verhältnisses zwischen Nützlichkeit und potentieller Schädlichkeit zweifellos strengere Massstäbe angewendet werden müssen als zuvor. Schlagworte, wie sie in den letzten Wochen aufgetaucht sind — man denke nur an die contradictio in adjecto «sanfte Chemie» — helfen dabei freilich keinen Schritt weiter.

In diesem Bemühen ist zweierlei deutlich geworden. Erstens: Die Verhältnisse liegen bei den verschiedenen Unternehmen je nach Produktionsstruktur sehr unterschiedlich. Chemie ist nicht gleich Chemie. Die Bedürfnisse nach konkreten Massnahmen sind denn auch qualitativ und quantitativ unterschiedlich. Zweitens: Auch das hat nicht mit dem 1. November 1986 angefangen. Im Bereich Sicherheit und Umweltschutz haben sich nämlich vor und nach dem Brand, abgesehen von den zwei bereits erwähnten Bereichen Lagerung und Löschwasser, mit erstaunlicher Konsequenz die gleichen Fragen gestellt und sie sind auch in ähnlicher Weise zu beantworten. Was geschieht, ist die intensive Weiterführung eines Entwicklungsprozesses, der die chemische Industrie seit ihrer Entstehung im letzten Jahrhundert begleitet. Dies gilt auch für die Abwägung von Nutzen und potentiellen Schäden der Produkte und Verfahren. Ich erinnere mich selber an Beispiele aus dem Unternehmen, in welchem ich tätig bin: Es sind schon in früheren Jahren mit grossem Aufwand entwickelte neue Produkte nicht auf den Markt gebracht worden, weil deren Risikopotential als zu hoch eingeschätzt wurde, die Herstellung anderer wurde um Jahre hinausgeschoben, weil ökologische Probleme nach Ansicht der eigenen Fachleute noch nicht befriedigend gelöst waren.

Ist also der 1. November 1986 tatsächlich die epochale Zäsur, als die sie unter dem unmittelbaren Eindruck des Unglücks empfunden wurde, ein Datum, nach dem «nichts wieder so sein wird wie zuvor»? Hat die Eigenverantwortung der Industrie wirklich versagt?

Unglücksfälle verbieten es, den Vorwurf tel quel zurückzuweisen; ihn undifferenziert aufrechtzuerhalten, ist ebenso demagogisch. Diese Industrie war in ihrer Mehrheit immer verantwortungsbewusst, und dieses Verantwortungsbewusstsein ist nach Massgabe des Wissensfortschritts gestiegen. Der Druck der öffentlichen Meinung wirkt in der gleichen Richtung. Jeder Unfall und jeder «Beinahe-Unfall» hat zu einer Überprüfung der Sicherheitsmassnahmen und des eigenen Verhaltens Anlass gegeben. Die Sicherheit in der chemischen Industrie war und ist auch im Vergleich zu andern Branchen hoch. Dass sie nicht hundertprozentig ist, und dass das Potential schwerer Umweltschäden nach wie vor besteht, ist ebenso gewiss. Die Frage stellt sich deshalb, wie man die Sicherheit noch weiter steigern kann, und man wird sie im Bewusstsein beantworten müssen, dass der Ertrag an Sicherheitszuwachs mit steigendem Aufwand abnimmt, und dass selbst wirtschaftlich prohibitive Investitionen in die Sicherheit ein Risiko Null niemals garantieren können — bei der Chemie ebensowenig wie irgendwo sonst.

Wer soll kontrollieren?

Und wer soll die Massnahmen kontrollieren? Es war nur folgerichtig, dass nach dem Unglück von Schweizerhalle nach vermehrter staatlicher Kontrolle gerufen wurde. Im Bewusstsein, eine seriöse Prüfung zu bestehen, hat die chemische Industrie nicht gegen die Schaffung eines Chemie-Inspektorats opponiert. Einigkeit herrscht darüber jedoch nicht. Insbesondere stellt sich auch in diesem Fall die föderalistische Frage: Soll ein solches Amt vom Bund oder von den Kantonen getragen sein? Von der Sache her gesehen spricht alles für die Bundeslösung, ist doch die chemische Industrie und mit ihr das Gefahrenpotential keineswegs auf die Region Basel begrenzt. Darüber hinaus sind zahllose Fragen organisatorischer, rechtlicher und technischer Art offen. Bundesrat Flavio Cotti war deshalb nur bereit, eine entsprechende Motion des Baselbieter Ständerates Eduard Belser in Form eines Postulats entgegenzunehmen, was Belser wiederum vehement ablehnte. Inzwischen ist Belser jedoch, zusammen mit Fünfschilling, in die Baselbieter Regierung gewählt worden ...

Die chemische Industrie prüfte (und prüft) auch die zahlreichen Vorschläge, an der Universität Basel ein interdisziplinäres Institut für Ökologie einzurichten. Wenn dennoch gegenüber diesen Postulaten machenorts Skepsis besteht, so nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil berechtigte Bedenken bestehen, ob die massgeblichen Stellen auch kompetent besetzt werden können. Aussenstehende sind geneigt, die Schwierigkeiten der Beherrschung dieser komplexen Materie zu unterschätzen. Und die vielberufene «Vernetzung» wissenschaftlicher Disziplinen ist eben oft mehr Ideologie als Wissenschaft. Entsprechend diffus ist das Projekt denn auch sowohl nach seiner geistigen Herkunft als auch nach seiner Aufnahme in der Öffentlichkeit. Die bürgerlichen Partien als geistige Väter der Idee sahen darin die Chance, aus

einem Unglück positive Schlüsse zu ziehen, die weit über die Region hinaus zu wirken imstande wären, die Linksparteien forderten eher eine konsequente Anwendung des Verursacherprinzips. Eine zahlenmässig nicht zu unterschätzende Minderheit der Studentenschaft wandte sich gegen jede Mitträgerschaft der Industrie, weil eine partnerschaftliche Lösung die wissenschaftliche Glaubwürdigkeit einer solchen Institution vernichte. Die Gewerkschaften endlich sehen hier eine Chance zur Durchsetzung einer weitgehenden Mitbestimmung.

Jede aufgrund der Ereignisse des 1. November 1986 zu treffende Massnahme ist deshalb ein Politikum von nicht zu unterschätzender Brisanz. Die chemische Industrie hat seit jeher, aber nicht immer mit durchschlagendem Erfolg, das Gespräch mit Politikern aller Richtungen gesucht. Ein die Öffentlichkeit stark beschäftigendes Ereignis pflegt auf beiden Seiten das Bedürfnis nach gegenseitiger Information zu steigern. So haben in den letzten Monaten zahlreiche Gespräche auf eidgenössischer, kantonaler und kommunaler Ebene stattgefunden. Sie waren fruchtbar — allerdings mit einer Einschränkung: Bei allen Gesprächen mit Parlamentariern haben die Vertreter derjenigen Fraktionen, welche das Umwelt- und Sicherheitsbewusstsein erfunden haben wollen, gefehlt. Sie wussten schon alles...

Informationskrise

Die Vertrauenskrise in der chemischen Industrie ist auch eine Informationskrise. Haben wir Informationsleute versagt? Sicherlich ist es uns nicht gelungen, die Chemie als Wissenschaft und deren Leistungen für die Gesundheit und den Lebensstandard bei uns und in Entwicklungsländern einer breiten Bevölkerung wirklich verständlich zu machen. Wir sind uns seit Jahren vorgekommen wie ein mit Handgepäck belasteter Reisender, der versucht, einem fahrenden Zug nachzurennen. Das mag mit dem hohen Abstraktionsgrad zusammenhängen, der der Chemie eigen ist. Es mag die Folge der raschen Entwicklung aller Naturwissenschaften sein, die dem Laien immer fremder werden, je tiefer sie in die natürlichen Zusammenhänge eindringen. Es ist auch ein Resultat der untrennbaren Verbindung von Chemie und Gesundheit, sind doch alle Lebensvorgänge biochemische Prozesse.

Was also nun?

Die in den drei grossen Basler chemischen Unternehmen für Öffentlichkeitsarbeit verantwortlichen Mitarbeiter waren schon immer darin einig, dass nur ein dauernder, ehrlicher Dialog mit der Öffentlichkeit Erfolg verspricht. Dass jedoch unter dem frischen Eindruck von Unglücksfällen die Aufnahmebereitschaft selbst für eindeutige Fakten auf ein Minimum absinkt, haben wir alle schmerzlich erfahren. Wir sind uns auch bewusst, dass in Krisensituationen das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit mit den vorhandenen Mitteln weder quantitativ noch qualitativ befriedigt werden kann. Dass wir alle in solchen Situationen auch Fehler gemacht haben, ist ebenfalls offensichtlich. Wie im technischen und ökologischen Bereich gelten aber auch in der Öffentlichkeitsarbeit nach wie vor die Grundprinzipien, nach denen wir bisher gearbeitet haben. Wir müssen aber lernen, sie noch besser anzuwenden.

Die chemische Industrie und die Behörden auf allen Ebenen stehen

somit vor einer ausserordentlich komplexen Aufgabe. Sie stehen zudem mitten in einem Lernprozess, der — was auch immer in den Medien verbreitet wird — mehr politisch-psychologischer denn chemisch-biologischer Art ist. Die naturwissenschaftlich-medizinischen Fakten sind bekannt, die unabdingbaren Massnahmen können daraus sachlich abgeleitet werden. Wie und wann dies gelingt, ist zur Zeit offen. «Schweizerhalle» wird zum Prüfstein der Konsensfähigkeit unserer Demokratie.

Hans Fehr

Überschätzte Medien

Als der Chronist, einst Berichterstatter mehrerer Tageszeitungen, vor einem Jahrzehnt die Tätigkeit im Bundeshaus einstellte, hat er sich mit einer pessimistisch eingefärbten letzten Botschaft an seine Leser gewendet. Sein *«Abschied von der Zeitung»* — so war der Beitrag betitelt — falle ihm leicht, hat er gestanden. Er sei gewissermassen der folgerichtige Schritt eines dauernden Abschiednehmens. Wörtlich: *«So vieles hat sich in den dreieinhalb Jahrzehnten Beobachtertätigkeit in dem Hause, in dem die eidgenössische Politik gemacht wird, allmählich verändert, dass es richtig erscheint, die Rolle des Chronisten und Kommentators Kräften zu überlassen, die unangefochten von nostalgischen Gefühlen sich ganz dem Tagesgeschehen und einer von andern Vorstellungen ausgehenden Zukunft zuwenden können, als sie den Beginn eines mitten in den Kriegsjahren angefangenen Journalistenlebens gekennzeichnet haben . . .»*

Es ist in jenem Beitrag viel von Veränderungen die Rede gewesen, die sich sozusagen *«klimatisch»* in der Informationsübermittlung von den Bundesbehörden an den souveränen Bürger niedergeschlagen haben. So von der überhandnehmenden Drucksachenflut und von den Einflüssen, die das neue Medium Fernsehen mit seiner Beschränkung auf den bildlichen Ausdruck der abzuhandelnden Geschäfte ausübt, was mangels innerer Bewältigung zu einer *«Verpersönlichung»* des Stoffes geführt habe. Schon damals — inzwischen aber in noch viel stärkerem Umfang — haben auch bedeutsame gesellschaftliche Veränderungen die Produktion des Bundeshauses und damit den *«Informationsfluss»* mitgeprägt. Veränderungen, die mit der nachvollziehenden Legitimation durch den Gesetzgeber nur selten bewältigt, öfters in ihren mentalen Auswirkungen noch fragwürdiger geworden sind. Um nur einen weittragenden Entscheid anzuführen, dessen Tragweite heute, ein halbes Dutzend Jahre nach der von Volk und Ständen vollzogenen Absegnung, noch immer nicht abzusehen ist: von der Einfügung des *«Gleichberechtigungsartikels»* in die Bundesverfassung des Jahrgangs 81 geht eine Signalwirkung aus, die zur Preisgabe segensreicher Schranken geradezu provoziert!

Angesichts solcher nachdenklich stimmenden Erscheinungen liegt die Frage nach dem Einfluss der Medien auf den Ablauf der Prozesse in der Luft: Bereiten sie die Veränderungen

vorprellend vor, oder werden sie von diesen selber einfach mitgerissen? Mit andern Worten: Gelingt es ihnen, eine *«öffentliche Meinung»* zu machen, oder ist zwischen dieser und der *«veröffentlichten Meinung»* ein Unterschied zu machen? Das wohl einprägsamste Beispiel für die zweite Variante hat man bei der UNO-Abstimmung vom 16. März letzten Jahres vor Augen geführt bekommen. Von den möglichen Gründen der mangelnden Gefolgschaft des Souveräns für eine von einer überwiegend UNO-freundlich eingestellten Medienwelt nachdrücklich empfohlene Vorlage ist in den *Schweizer Monatsheften* seinerzeit ausführlicher die Rede gewesen (*«Der Schweizer und sein Staat»* — August 1986).

Wie entstehen öffentliche Meinungen?

Die Frage nach den Medieneinflüssen bleibt so oder anders gestellt. Sie scheint in einer Zeit zunehmender Verunsicherung für die Demokratie geradezu zur Existenzfrage geworden. So hat es denn auch die *«Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Demokratie SAD»* als Verpflichtung empfunden, der Frage die gebührende Beachtung zu schenken. Sie hat ihr die Herbsttagung 1986 gewidmet. Unter dem Titel *«Wie entstehen öffentliche Meinungen?»* ist die Meinungsbildung von berufener Seite auf alle Symptome *«auskultiert»* worden. Die gewonnenen Erkenntnisse sind in erweiterter Form mit einer gleichbenannten Publikation der SAD-Schriftenreihe (Nr. 24, Januar 1987) der Allgemeinheit zugänglich gemacht worden. Hier müssen einige Hinweise genügen.

Die vielleicht verblüffendste These, mit welcher der Meinungsforscher *Claude Longchamp* vom Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universtität Bern überrascht, zieht aus in der Praxis gewonnenen Einblikken den Schluss, dass die Hälfte der jeweils für Abstimmungspropaganda aufgewendeten Gelder *«zum Fenster hinausgeworfen»* sei. Mit einer gezielten Gruppe von Versuchspersonen angestellte Experimente hätten ergeben, dass die vor Einsetzen der Werbekampagne ermittelte Stellungnahme durch diese Kampagne dort kaum noch verändert wurde, wo man sich zuvor schon eine Meinung pro oder kontra gebildet hatte. Die Werbewirkung sei im grossen ganzen auf den Kreis der noch Unentschlossenen beschränkt geblieben. Der Bürger suche offenbar bei den Medien mehr die Bestätigung seiner Auffassungen, als dass er sich belehren lassen möchte.

Eine Erscheinung, die schon bei der Auswahl der Publikationsorgane zum Ausdruck kommt. *Erich A. Kägi,* bis vor kurzem Inlandredaktor der *«Neuen Zürcher Zeitung»,* steuert in seinem der Rolle des gedruckten Mediums Zeitung gewidmeten Beitrag die auf den ersten Blick ebenso kühn anmutende These bei, dass der *«eigentlich Verantwortliche für die Information nicht der Informierende, sondern der Informierte»* sei. Nathalie Sarraute zum Thema Massenmedien und Publikum abwandelnd, heisst das: *«Jeder hat die Informationen, die ihm zukommen!»* In der Tat scheint es bei näherem Zusehen so: Am Kiosk wird die Wahl zwischen einer *«guten Zeitung»* und dem knallig aufgemachten, *«vulgären Boulevardblatt»* getroffen. Hier entscheidet sich, ob nur der Sport- oder Sensationsbericht verschlungen und nicht der sorgfältig dokumentierte informative Leitartikel gelesen wird.

Einerseits – anderseits

Wie jede Wahrheit ist allerdings auch diese Wahrheit nur eine Teilwahrheit. Es ist eine Sache, zu einer bestimmten Sach- oder Personenfrage sich eine Meinung zu bilden, und es ist wieder etwas anderes, den allmählichen, sozusagen unmerklichen Gesinnungswandel mitzumachen, in dem unsere Gesellschaft mit einem Umbruch aller Lebensäusserungen begriffen ist. So scheint nicht nur die eingangs angedeutete Erscheinung wohl zu gering eingeschätzt, dass unter dem Einfluss des Bildmediums Television ganz generell eine *«Veräusserlichung»* des Publikationsangebots Platz gegriffen hat: Auch die solide Presse kann nicht umhin, sich in Themenwahl und Aufmachung dem Geschmack anzupassen, wenn sie im Konkurrenzkampf bestehen will. Es nehmen im Zeichen einer Abstumpfung für feinere Unterscheidungen «Produkte» überhand, die sich durch *«härtere Infragestellung»* von Institutionen und Personen bei der Vermarktung vor andern auszuzeichnen versuchen.

Gewiss, es gibt sie immer noch, die Publikationsorgane und die Publizisten, die für ihren unbeirrbar der *res publica* verpflichteten klaren Kurs bekannt sind. Ihnen wird denn auch in ihrer Vertrauen ausstrahlenden Stetigkeit von einer angestammten Anhängerschaft die Treue bewahrt. Andere altbekannte, aber wegen der Kostensteigerung, wie sie die Herstellungstechnik mit sich gebracht hat, vielleicht weniger gut gemachte Blätter sind mangels Rendite eingegangen, sind samt ihren Mitarbeitern, die sich nicht anpassen wollten, zum Abtreten von der Bühne gezwungen worden. Das trifft in besorgniserregender Weise fast für die gesamte sozialdemokratische Presse zu, wie überhaupt die sogenannte Parteipresse im Zusammenhang mit der Abwertung der politischen Parteien mit wenigen Ausnahmen in Misskredit geraten ist. An ihre Stelle sind *«pluralistische Blätter»* getreten, die in mehr oder weniger profilierter Form allen Meinungen offenstehen. Dazu die Randbemerkung: Das *«Profil»* wird diesen Publikationen von einem offen zur Parteilichkeit sich bekennenden *«engagierten,»* beziehungsweise *«anwaltschaftlichen Journalismus»* aufgedrückt, der sich in stetigen Anklagen und Plädoyers gefällt, was Kägi zur trockenen Feststellung veranlasst: *«Wer über etwas menschliche Erfahrung und Reife verfügt, wird das rasch herausfinden; es ist dann seine Sache, ob er sich mit der offensichtlich einseitigen Information begnügen und alles andere als Beschönigung und Beschwichtigung abtun will...»*

Die Monopolmedien

Was bei der Presse solange hingenommen wird, als nicht die drohende *«Pressekonzentration»* die Auswahl allzusehr einschränkt, schien für die Beziehung zu den Monopolmedien Radio und Fernsehen lange Zeit ein Faktum: Wer mit den von ihnen angebotenen Programmen nicht einverstanden war, dem blieb als letzter Ausweg einzig die Möglichkeit, den Kasten auszuschalten (was, nebenbei bemerkt, nicht nur ohne Schaden, sondern mit Gewinn, öfters getan werden könnte).

Nun sind allerdings Bestrebungen im Gang, Versuche mit privaten Sendebetrieben kräftig zu fördern und diesen Konkurrenzunternehmen einen festen Platz in einer erweiterten Medienland-

schaft einzuräumen. Namentlich wird ein Bedürfnis nach vermehrter kleinräumiger Information vorgegeben, dem mit der Einrichtung der Lokalradios Rechnung zu tragen wäre. Gleichzeitig soll die Tür zur Welt weiter geöffnet und dem Satelliten-Fernsehen Eintritt in *«jede Hütte»* verschafft werden. Dabei spielt der Wunsch wirtschaftlich interessierter Kreise, *«im Geschäft zu bleiben»,* eingestandenermassen eine entscheidende Rolle. Nicht abgeleugnet wird aber auch die ideologische Komponente, nämlich Gegengewichte zur angeblichen Linksunterwanderung der Medienszene zu installieren. Die *«Bevormundung»* durch die Schweizerische Rundspruchgesellschaft soll gebrochen werden.

In der SAD-Broschüre befasst sich Andreas Blum, SRG-Programmdirektor, in engagierter Weise mit der Situation der elektronischen Medien. Von seiner Seite wird mit Entschiedenheit der Vorwurf einer einseitigen Beeinflussung der Radio- und Fernsehabonnenten zurückgewiesen. Blum spricht im Gegenteil vom Radio-Journalismus als einem *«Journalismus am Gängelband»* von Instanzen, die vor einem freien Wort die grösste Furcht hätten. Zum Beweis wird an den berühmten Artikel 13 der Sendekonzession erinnert, der von der Konzessionsnehmerin verlangt, dass die von ihr verbreiteten Programme *«die kulturellen Werte des Landes zu wahren und zu fördern»* haben und *«zur geistigen, sittlichen, religiösen, staatsbürgerlichen Bildung beitragen»* sollten. Neben der zugestandenen Befriedigung des Unterhaltungsbedürfnisses ist ausdrücklich die Verpflichtung zu einer *«objektiven, umfassenden und raschen Information»* vorgeschrieben. Ferner ist von einer Programmgestaltung im Dienste der *«Interessen des Landes»,* im Sinne einer Stärkung der *«nationalen Einheit und Zusammengehörigkeit»* und einer Förderung der *«internationalen Verständigung»,* die Rede.

Die Hüter der staatlichen Ordnung und der Moral haben sich tatsächlich seinerzeit sehr besorgt gezeigt und offenbar in einer hohen Einschätzung des Einflusses der elektronischen Medien alles versucht, um unerwünschte Auswirkungen auszuschalten. Inzwischen hat man — teils aus der Einsicht heraus, dass die Vorschriften so nicht durchgesetzt werden können, teils im Zuge der allgemeinen Auflockerung — bei der Schaffung des lange schon geforderten Radio- und Fernsehartikels, der im dritten Anlauf 1984 erst zustande gekommen ist, die Fesseln leichter gemacht. Anstelle der utopischen *«objektiven Information»* wird nurmehr eine *«sachgerechte, die Vielfalt der Ansichten angemessen»* zum Ausdruck bringende Darstellung der Ereignisse verlangt. Die in einem früheren Entwurf ausdrücklich vorgeschriebene Achtung der Persönlichkeit und der religiösen Überzeugungen ist fallengelassen worden. Radio und Fernsehen sollen unabhängig, in der Gestaltung ihrer Programme *«autonom»* sein. — Um die einschlägige Ausführungsgesetzgebung, die an die Stelle der beanstandeten Konzessionsbestimmungen tritt, wird noch gestritten ...

Was immer dabei herausschauen wird — in der heutigen Praxis wird von der in Aussicht gestellten *«Freimütigkeit»* jedenfalls längst Gebrauch gemacht. Wegen der zur Überwachung der Konzessionsbestimmungen eingesetzten *«unabhängigen Beschwerdekommisssion»* braucht man sich keine Sorgen zu machen: sie hat von jeher die Zügel schleifen lassen. Und im Zeichen

der allgemeinen *«Enttabuisierung»* wird offenbar — zumindest was die moralischen Schranken anbelangt — heute jede Freiheit toleriert. Wie anders liesse sich erklären, dass eine Reihe von zwanzig Szenen über *«Sex in der Ehe»* während Monaten unbeanstandet vulgäre Einblicke in das Schlafzimmer bringen durfte?

Krankheitserreger oder blosses Symptom?

So hart die Feststellung manchen selbstbewussten, von der Wichtigkeit seiner Person überzeugten *«Medienschaffenden»* ankommen mag, es sei als letztes Zitat aus der SAD-Schrift noch ein Passus aus den Überlegungen hervorgehoben, die von der Radio- und Fernsehjournalistin Marie Theres Guggisberg zur Rolle der Medien angestellt werden. Sie gehen aus von folgender Aufteilung der Funktionen: *«Radio kündigt an, Fernsehen zeigt, die Zeitung erklärt.»* Und dann wird dargelegt, dass das Radio heute im Gegensatz zu früher, als sich noch die ganze Familie um den Radioapparat versammelt hat, zum blossen Begleitmedium degeneriert sei, das den Hörer beim Aufstehen schon, nachher im Auto und auch während der Arbeit berieselt, aber unverkennbar nur noch einen *«Nebenher-Charakter»* habe; die *«Repetitive Darbietung»* der Nachrichten, die dem Hörer über Stunden immer wieder mit denselben Meldungen häppchenweise serviert werden, täte ein übriges, sich auf die Aufmerksamkeit negativ auszuwirken. — Und so hätten sich eben auch Inhalte, Funktion und Nutzung des Fernsehens mit der Angewöhnung verändert. Auch hier sei die anfängliche Faszination einer nüchternen, ja kritischen Einstellung des Zuschauers gewichen. Als *«alltäglich gewordene Sekundärtätigkeit»* werde es selbst mit seinen belehrend oder überredend gemeinten Darbietungen von vornherein nur als *«Freizeitofferte»* mit Unterhaltungsanspruch konsumiert. — Bliebe noch die meinungsbildende Funktion der Presse. Wo ihre Grenzen liegen, ist mit den Kägi-Zitaten angedeutet worden.

So wären also tatsächlich die Medieneinflüsse geringer, als angenommen wird? — Jedenfalls ist die Schlussfolgerung erlaubt, dass eine Bewegung wie der Aufbruch der *«Grünen»* auch ohne Unterstützung durch elektronische und Printmedien gekommen wäre. Die Krankheit, gegen die von den Grünen angegangen wird, ist unabhängig von den Medien entstanden, und der Abwehrkampf wird von spontan gebildeten Gruppierungen Betroffener unbekümmert um die Unterstützung von links und aus politisch nicht festgelegten Kreisen geführt. Es handelt sich bei dieser und verwandten Regungen, die sich gegen Zerstörungen jedwelcher Art zur Wehr setzen um *«Überzeugungstäter»*. Zugegeben: Die Berichterstattung der Medien über unliebsame Ereignisse und Entwicklungen mag *«den Topf am Kochen halten»*. Aber, dass er zum Kochen gebracht wurde, daran haben jene das zweifelhafte Verdienst, die ihn gefüllt haben.

Wenn gegen die Medien und die Medienschaffenden Vorwürfe am Platze sind, so wären diese weniger in den, wie dargelegt, weitgehend unwirksamen ideologischen Beeinflussungsversuchen als dort zu eruieren, wo berechnender Kommerz und Ehrgeiz mit der Not der Zeit Geschäfte und Karriere zu machen versuchen ...

Arnold Fisch

Beispiel Schwarzafrika

Wandlungstendenzen der Weltgesellschaft

Weshalb ist es wichtig, sich mit Schwarzafrika zu befassen, wenn man etwas über die Wandlungstendenzen der Weltgesellschaft aussagen will? Wird man nicht dazu verleitet, vom «Besonderen» auf das «Allgemeine» zu schliessen, was ja unmöglich ist? — Ein solches Unterfangen ist dann möglich, wenn man versucht, die betreffenden Strukturzusammenhänge und Wandlungsprozesse aus dem Gesamtzusammenhang der Weltgesellschaft herzuleiten, wenn man demzufolge versucht, die beobachtete Region als «Testfall» für das «Ganze» zu analysieren.

In der Region Schwarzafrika häuft sich eine grosse Zahl der ärmsten Länder der Welt. Dazu zählen solche wie Äthiopien, Benin, Burundi, Niger, Rwanda, Sudan usw. Angesichts dieser Häufung ist Schwarzafrika in vielen Augen zu einem Testfall geworden, anhand dem verschiedene Fragen hinsichtlich der Aussichten für die künftige Entwicklung der Welt als Ganzes beurteilt werden können: Wie effizient ist unsere Entwicklungshilfe? Was bedeutet die Wirtschaftskrise bzw. ein wirtschaftlicher Aufschwung in den Industrieländern für andere Weltregionen? Wie ist auf das enorme Bevölkerungswachstum zu reagieren?

Damit solche Zusammenhänge systematisch aufgedeckt werden können, will ich vorschlagen, zwei Dimensionen zu unterscheiden. Die erste bezeichne ich als strukturelle Grundsituation der schwarzafrikanischen Länder, weil sie alle zusammen hinsichtlich der weltweiten Entwicklungsdynamik eine ähnliche Problematik erfahren. Die zweite Dimension bezieht sich auf die spezifische nationale Variante in der Art, wie mit den Problemen, die durch die Grundsituation definiert sind, umgegangen wird. Es handelt sich um die nationale Strukturpolitik und deren Resultate.

Im vorliegenden Text sollen anhand von Daten des «Weltentwicklungsberichtes» der Weltbank[1] die jüngsten Entwicklungstendenzen der strukturellen Grundsituation und einzelne Aspekte der Variation in dem nationalen Umgang mit den daraus resultierenden Problemen aufgezeigt werden.

Zwei Prozesse strukturellen Wandels

Hier wird der Standpunkt vertreten, dass die sozialen, ökonomischen und politischen Probleme dieser Region nicht einfach auf knappe Mittel, Armut, Mangel oder gar Unfähigkeit reduziert werden können, sondern auf den Umstand der Blockierung jener sozialen Kräfte und Gruppierungen, welche durch gesamtgesellschaftliche Lernprozesse und Neuerungen Auswege zu finden versuchen. Diese soziale Unentschiedenheit ist nicht nur ein schwarzafrikanisches Problem, sondern viel eher auch ein solches der Struktur der Weltgesellschaft, der beabsichtigten und unbeabsichtigten Konsequenzen der globalen Verflechtung der nationalen Gesellschaften in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Mit Bezug auf die dadurch entstandene Weltgesellschaft erfährt die schwarzafrikanische Region in

der Gegenwart gleichzeitig zwei Prozesse strukturellen Wandels, die zu verkraften dieser Region weitgehend die entsprechenden Mittel fehlen. Diese zwei Prozesse sollen in der nachstehenden Reihenfolge diskutiert werden: 1. Die strukturelle und kulturelle Überschichtung der lokalen Prinzipien sozialer Organisation einerseits, und 2. die Tendenz zur Abschottung einer «Vierten Welt» von der Weltwirtschaft anderseits. Der erste bezieht sich auf den Aspekt des sozialstrukturellen Wandels und der zweite auf die aussenwirtschaftliche Situation und ihre internationalen Voraussetzungen.

Mit dem Begriff der strukturellen und kulturellen Überschichtung verbindet sich die Vorstellung, dass die lokalen Prinzipien der sozialen Organisation von einer neuen Rationalität überlagert werden, so dass beispielsweise «traditionellen» sozialen Rollen die Legitimationsbasis entzogen wird, bzw. sie in einen neuen und bisher wenig relevanten Bezugsrahmen gesetzt werden. So gesehen ist die Überschichtung ein komplexer Vorgang, in welchem Symbole, Werte, Verfahrensweisen, Organisations- und Austauschprinzipien aus den hochentwickelten Ländern eingeführt werden[2]. Die Überschichtung wirkt sich jedoch nicht einfach nur auf das Rollenverständnis aus, sondern auch auf die Art und Weise der Produktion und des Austausches von Gütern, was bewirkt, dass die Regeln des Zuganges zu relevanten und notwendigen Gütern sich wandeln. Ein solcher Wandel bedeutet die Festlegung neuer Dimensionen der sozialen Hierarchie. Spielt sich dies unter den Voraussetzungen eines sehr geringen Lebensstandards ab, das will heissen, dass insbesondere die gesamtgesellschaftliche Lern- und Neuerungsfähigkeit in einem extremen Mass blockiert ist, so ist ein solcher Vorgang von einer breiten Marginalisierung der Bevölkerung begleitet.

Mit dem Begriff der Abschottung von der Weltwirtschaft ist jene Tendenz gemeint, in der die wirtschaftliche Relevanz dieser Region im Rahmen der Weltwirtschaft abnimmt. Sie stellt weder einen relevanten Konsumgütermarkt noch einen relevanten Exporteur von Handelsgütern dar. Bedeutungsvoll ist vor allem der Umstand, dass Schwarzafrika einen solchen Relevanzverlust erleidet, ohne eigentlich viel dazu beigetragen zu haben. Dieser hängt viel weniger von internen Unzulänglichkeiten ab, die hier auch nicht verleugnet werden sollen, sondern steht in einem engen Zusammenhang mit der Neuorientierung der weltweiten Arbeitsteilung. Eine solche Abschottung wirkt sich vor allem dann tragisch aus, wenn im Rahmen der vorher genannten Überschichtung die Produktion von Gütern zu einem grossen Teil auf den Weltmarkt ausgerichtet worden ist.

Folgen der Überschichtung

Da im vorliegenden Abschnitt die Grundsituation der schwarzafrikanischen Länder diskutiert werden soll, also jene strukturellen Gegebenheiten und Wandlungsprozesse, die für alle diese Länder gemeinsam sind, stellt sich demzufolge die Frage, ob sich Indikatoren finden lassen, welche das Gesuchte in befriedigender Weise darstellen lässt. In ihrer Konsequenz bedeutet der Prozess der Überschichtung eine Entwertung der «autochthonen» Sozialstruktur zugunsten der Kapitalisierung der Austausch- und Organisationsprinzipien. Tatsächlich zeigt sich

dieser Vorgang in einer signifikanten[3] Abnahme der beschäftigten Personen im Landwirtschaftssektor von durchschnittlich 82% (1965) auf 73% (1981). Komplementär dazu widerspiegelt sich diese Abnahme in einer signifikanten Zunahme der Beschäftigten sowohl im Industriesektor (von 7% 1965 auf 11% 1981) als auch im Dienstleistungssektor (von 10% 1965 auf 14% 1981). Die gleichzeitige Zunahme des Industrie- und des Dienstleistungssektors ist typisch für einen Wandlungsprozess, in dem die traditionellen und agrarischen Sozialstrukturen entwertet und eine räumliche Reorganisation der Produktion und Verteilung von zentralen Gütern erfolgt. Der industrielle Kondensationskern vermag es dabei nicht, die abwandernden Personen vollständig zu absorbieren, was sich dann als Überurbanisierung manifestiert. Wichtig ist, dass bei diesem Wandlungsvorgang festgestellt werden kann, dass nicht, wie zu erwarten wäre, dieser Vorgang auch auf der Ebene des Bruttoinlandproduktes sich widerspiegelt: Es ist keine signifikante Verlagerung in den Anteilen der Sektoren am Bruttoinlandprodukt festzustellen[4]. Dieses Faktum deutet insofern auf eine Blockierung der gesellschaftlichen Lern- und Neuerungsprozesse hin, als damit das Phänomen verbunden ist, dass dort, wo die Personen hinziehen — zum Teil hervorgerufen durch die Attraktion der «Lichter der Grossstadt», die Verlockungen der modernen Lebensweise — letztlich nicht eine entsprechende Erhöhung der Versorgung dieser Personen erfolgt. Das Problem ist nicht so sehr eines der relativen Bevölkerungszahl, sondern ein Problem der rigiden Sozialstrukturen[5].

Wie weit diese Blockierung von gesamtgesellschaftlichen Lern- und Neuerungsprozessen sich negativ auswirkt, erkennen wir zum Beispiel daran, dass in den schwarzafrikanischen Ländern im Durchschnitt die eigene Produktion von Nahrungsmitteln pro Kopf der Bevölkerung zwischen 1974—1976 und 1981—1983 beträchtlich abgenommen hat. Im Zeitpunkt 1981—1983 erreichten diese Länder durchschnittlich noch 93% des Produktionsvolumens des erstgenannten Zeitpunktes. Im Kontrast dazu gelangen die 19 wichtigsten OECD-Länder in derselben Zeitspanne zu einem Wert von 116%[6]. Wenn man dieselbe Berechnung für eine frühere Zeitspanne (von 1969—1971 bis 1975—1976) anstellt, so unterscheidet sich die durchschnittliche Abnahme in der Nahrungsmittelproduktion nicht von der vorher genannten Periode[7]. Daraus kann geschlossen werden, dass sich die strukturelle Grundsituation in Form einer sukzessiven Verschlechterung der einheimischen Nahrungsmittelproduktion zeigt, die zumindest seit den sechziger Jahren zu beobachten ist. Vermutlich hängt diese direkt mit der Erosion der «autochthonen» Sozialstrukturen zusammen, d.h. sie tragen und entlasten ihre Bevölkerung nicht mehr in dem Sinne, in dem sie eine angemessene Versorgung garantiert haben. Anhand der Daten der Weltbank kann ein solcher Zusammenhang erkannt werden: Der Einsatz von Düngemitteln in der Landwirtschaftsproduktion kann als Indikator für den Grad der Modernisierung der Landwirtschaft betrachtet werden. Nun kann man postulieren, dass die Erosion der «autochthonen» Strukturen um so grösser ist, je stärker die Modernisierung der Landwirtschaft vorangetrieben wird. Tatsächlich ist in denjenigen Ländern die Nahrungsmittelproduktion zwischen

1974—1976 und 1981—1983 weniger stark zurückgegangen, in denen weniger Dünger zum Einsatz gekommen ist, wo also diese Art der Modernisierung der Landwirtschaft weniger weit vorangeschritten ist[8].

Es gibt weitere Indikatoren, welche den Ernst dieser Lage darstellen: Das Angebot an Nahrungsmitteln ausgedrückt in Prozenten des Kalorienbedarfs beträgt in dieser Ländergruppe etwa 93%[9]. Zur angemessenen Beurteilung der Werte dieses Indikators geht man in Fachkreisen davon aus, dass aufgrund der in vielen Ländern der Dritten Welt sehr ungleich verteilten Chancen, Nahrungsmittel auf dem Markt für Geld erwerben zu können, erst eine Bedarfsdeckung von 110 bis 125% für eine ausreichende Versorgung der Gesamtbevölkerung als genügend angesehen wird. Im Vergleich zu dieser Region erreichen die 19 wichtigsten Industrieländer, in denen die Zugänglichkeit für alle Bevölkerungsgruppen kein Problem ist, im Jahr 1981 eine Bedarfsdeckung von 130%.

Die schlechte Ernährungssituation auf dem Lande, die zu einem grossen Teil auf die Erodierung der «autochthonen» Sozialstrukturen zurückzuführen ist, hat vor allem die Zerstörung der Subsistenzgrundlage zur Folge. Die deshalb beginnende und stark einsetzende Landflucht der bäuerlichen Bevölkerung, was zu einem raschen Anstieg der Bevölkerungszahlen der grossen Städte führt, zeugt von den schlechter werdenden Ernährungsbedingungen.

Tendenz zur Abschottung

In jüngster Zeit werden solche bekannten Probleme von einer Tendenz zur Abschottung dieser Länder von der Weltwirtschaft überlagert. Der mit Verstaatlichungen verbundene Rückzug von Wirtschaftsorganisationen und Unternehmen führt aber nicht zu einer Entspannung, zu einem neuen Freiraum für selbstzentrierte Entwicklung, wie man denken könnte. Insbesondere deshalb ist nicht ein Freiraum zu erwarten, weil der vorher genannte Vorgang der Überschichtung seine tiefen Spuren hinterlassen hat. Die Erosion der «autochthonen» Sozialstruktur auf dem Lande oder die Überurbanisierung sind nur zwei Hinweise. Zurück bleibt auch ein Defizit oder Vakuum in der Organisationskapazität des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dieses verschärft zusätzlich die Problematik des «schwachen Staates». Die Flüchtlingslager sind ein Ausdruck davon.

Die Tendenz zur Abschottung von der Weltwirtschaft zeigt sich am Beispiel der Rohstoffexporte Schwarzafrikas. Der Anteil dieser Region an den Rohstoffexporten der Welt und der Entwicklungsländer ist im Laufe der siebziger Jahre stark gesunken. Dieses Faktum bezieht sich sowohl auf Erze und Metalle (z.B. Kupfer, Eisenerz, Manganerz, Zinn, Blei) als auch auf Nahrungsmittel (z.B. Kaffee, Kakao, Erdnüsse) und auch auf Exportprodukte wie Holz, Baumwolle, Tabak, Gummi und Sisal.

Natürlich gibt es immer Jahre, in denen das Exportvolumen steigt und auch die «terms of trade» positive Verläufe zeigen. Wenn man jedoch davon ausgeht, dass sowohl die Exportvolumen als auch die «terms of trade» faktisch über eine sehr lange Zeitspanne hinweg sinken, so erweisen sich die positiven Verläufe in einzelnen Jahren nur als kleine Schwankungen, welche eine zunehmende strukturelle Verzerrung dieser Ökonomien nicht mehr zu kom-

pensieren vermögen. Die siebziger Jahre zeigen für die diskutierte Ländergruppe negative Wachstumsraten für den gesamten Export an Handelsgütern, die von den positiven der sechziger Jahre signifikant verschieden sind[10].

Die Tendenz zur Abschottung zeigt sich nicht nur in der generellen Aussenhandelssituation, sondern auch mit Bezug auf die Entwicklungsrichtung des Industriesektors. Die Industrieproduktion in Schwarzafrika stagniert oder entwickelt sich rückläufig. Waren die durchschnittlichen Wachstumsraten der Industrie zwischen 1965 und 1973 noch 7%, so betrugen sie für die Zeitspanne zwischen 1973 und 1983 nur noch 3%[11]. Hingegen lassen sich für den Landwirtschafts- und den Dienstleistungssektor keine entsprechenden Veränderungen feststellen. Wie vermutet, betrifft die beschriebene Situation — nebst dem Exportsektor — vorwiegend den Kondensierungskern des Überschichtungsprozesses, nämlich den Industriesektor.

Der Aussenhandel ist ein wichtiger Aspekt der strukturellen Verflechtung der Entwicklungsländer mit den hochindustrialisierten Ländern. So nennt die Weltbank beispielsweise die Tatsache, dass sie durch den Aussenhandel in die Lage versetzt werden, ihre Produktion spezialisieren und die Vorteile der Massenkonsumation nutzen zu können, um damit ihre Devisenerlöse zu steigern, die sie zur Bezahlung von Einfuhren benötigen[12]. In ihrer eigenen Untersuchung stellen sie einen sehr engen Zusammenhang fest, zwischen dem Wachstum in den Industrieländern und der Exporttätigkeit der Entwicklungsländer. Eine positive Veränderung in der Wachstumsrate des Bruttoinlandproduktes der Industrieländer zieht eine ebensolche Veränderung der Rate des Exportwachstums nach sich und umgekehrt. Diese Evidenzen gelten zumindest für die sechziger, siebziger und achtziger Jahre. Dieses Ergebnis bedeutet, dass der aussenwirtschaftliche Spielraum dieser Weltregion sehr eng von der Wirtschaftsentwicklung in den Industrieländern bestimmt wird.

Dieser enge Zusammenhang wird auch von der Weltbank für die Einschätzung der Entwicklungschancen mitberücksichtigt. Sie tut dies in ihrem Weltentwicklungsbericht 1985, in welchem sie ihre besondere Aufmerksamkeit der Prognose für die Zeitspanne zwischen 1985 und 1995 widmet. Diese Zeitspanne wird darin als Übergangszeit auf einen Pfad dauerhaften Wachstums verstanden. In ihrem Modell, welches auf diesen Pfad führen soll, nehmen die Industrieländer die Rolle der Wachstums-Lokomotive ein.

Aus dieser Perspektive formuliert sie einen günstigen und einen ungünstigen Fall. Das ungünstige Szenario zeigt, was eintreten könnte, wenn es den Industrieländern nicht gelingt, die Ursachen ihrer erratischen Wirtschaftsentwicklung während der siebziger Jahre zu überwinden, nämlich Haushaltsdefizite, Inflation, Arbeitslosigkeit und hohe Zinssätze.

Wie würden sich diese Szenarien auf Schwarzafrika auswirken, falls sie Wirklichkeit werden? Aus den Modellberechnungen geht hervor, dass das durchschnittliche jährliche Wachstum des Pro-Kopf-Bruttoinlandprodukts im günstigeren Falle —0,1% und im ungünstigeren Falle —0,5% beträgt. In beiden Fällen scheint also ein Austreten aus der «abwärts gerichteten Spirale» (Gunnar Myrdal) nicht möglich zu sein.

Dabei ist zu bedenken, dass diese schlechten Aussichten für eine Region gelten, die nur geringe oder gar keine Polster hat, eine solche, sich verschlechternde Wirtschaftsentwicklung aufzufangen. Überdies, das geht ebenfalls aus dem Modell der Weltbank hervor, ist der wesentliche Einflussfaktor auf diese Krisensituation in der Wirtschaftsdynamik der hochindustrialisierten Länder zu suchen. Die lokalen Faktoren, nämlich geringere oder grössere Überforderung der Staaten, geringere oder grössere Korruption, sind weniger wichtig angesichts der Durchsetzungskraft der Dynamik der Wirtschaft der Industrieländer.

Verschärfung der Krisensituation

Aufgrund der oben erläuterten Entwicklungstendenzen der strukturellen Grundsituation der schwarzafrikanischen Länder kann man sagen, dass die kapitalintensive Modernisierung, getragen vom Industriesektor einerseits und der Modernisierung der Landwirtschaftsproduktion anderseits, sich nicht bewährt hat und dass dieses Entwicklungsmodell wesentlich zur krisenhaften strukturellen Grundsituation beigetragen hat. Diese Veränderungen bilden zusammen ein ganzes Bündel von Kräften, welche allesamt auf eine Zunahme der Krisensituation hinweisen, bzw. eine «abwärts gerichtete Spirale» erzeugen.

Diese Trends treten in einem Kontext auf, in dem der Bevölkerungsdruck auf Institutionen, Infrastruktur und Märkte zunimmt. In dieser Ländergruppe beträgt das durchschnittliche jährliche Bevölkerungswachstum zwischen 1965 und 1973 2,6% und in der Zeitspanne zwischen 1973 und 1983 2,8%. Im Vergleich dazu beträgt das Bevölkerungswachstum in den wichtigsten 19 Industrieländern 0,6%. Damit wird darauf hingewiesen, dass in dieser Region über eine längere Zeitspanne ununterbrochen ein hohes jährliches Bevölkerungswachstum besteht.

Franz Nuscheler fragte sich in einem Beitrag über Schwarzafrika: Kann Afrika überleben? Er gelangt zum Schluss: Wenn es so weiter gehe wie bisher, so würden viele Afrikaner nicht überleben können. Vor allem aber sei, als Folge der zu erwartenden weiteren Massenverelendung, mit weiteren sozialen Konflikten und Verteilungskämpfen um die schmalen Töpfe zu rechnen. Afrika würde deshalb auch in der nächsten Zukunft ein unruhiger Kontinent bleiben.

Offene Fragen

Bis jetzt ist die strukturelle Grundsituation, die gemeinsame Entwicklungstendenz der schwarzafrikanischen Länder diskutiert worden. Angesichts der düsteren Aussichten, die sich darob formulieren lassen, stellt sich die Frage nach jenen gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Bedingungen, unter denen im Sinne einer positiven Entwicklung für die breiten Volksmassen eine Richtungsänderung zu erwarten ist. Eine solche Analyse liesse sich anhand der realisierten Entwicklungswege dieser Länder wie folgt durchführen: Es stellt sich die Frage, welchen Ländern es besser gelungen ist, auf die strukturelle Grundsituation zu reagieren und ob diese «Abweichungen» Ansätze dafür darstellen, positive Entwicklungsmodelle zu formulieren. In dieser Vorgehensweise wird die Realität quasi als Experiment für sich selber aufgefasst.

Als Ausgangspunkt für eine solche Analyse können Regularitäten dienen, wie beispielsweise weiter vorne festgehalten worden ist: Je höher in einem Land die Modernisierung der Landwirtschaftsproduktion (Düngemitteleinsatz), desto schlechter entwickelt sich der Umfang der eigenen Nahrungsmittelproduktion und umgekehrt. Weiter ist beispielsweise auch die Tatsache mitzuberücksichtigen, dass zwischen dem Bevölkerungswachstum und dem Index der Nahrungsmittelproduktion auf der Ebene der schwarzafrikanischen Länder keine Korrelation besteht [13]. Ebenfalls keine Korrelation besteht zwischen der Grösse des Beitrages des Industriesektors an das gesamte Bruttoinlandprodukt einerseits und dem Index der Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion [14]. Hingegen fällt die Produktion der Nahrungsmittel um so geringer aus, je grösser in einem Land der Anteil der im Industriesektor beschäftigten Personen ist [15].

Solche und weitere empirische Regularitäten werfen Fragen auf, die an die Grenzen unseres Wissensstandes über Schwarzafrika stossen. Diese Informationen basieren vorwiegend auf übermittelten aktuellen Ereignissen, in welchen ganz punktuell Sachverhalte präsentiert werden. Dabei ist der Umstand wesentlich, dass dieser Wissensstand in der Regel nicht systematisch überprüft werden kann. Zurück bleiben dann Ansichten und Einschätzungen, z.B. über ein politisches Regime, die nicht falsch zu sein brauchen, aber ihr Wahrheitsgehalt kann nicht in bezug auf die relevante Empirie eingeschätzt werden. Die vergleichende Analyse, ob sie nun streng statistische Methoden verwendet oder in Richtung qualitativer Analysen geht, versucht dieser Informations-Falle auszuweichen.

Carl Oliva

[1] Weltentwicklungsbericht (1985). Weltbank, New York. Dieser enthält Informationen über 33 schwarzafrikanische Länder; er wird hier, soweit nichts anderes vermerkt, als empirische Basis für die Argumentation verwendet. — [2] Vgl. z.B. Chris Allen und Gavin Williams (1982, Hrsg). Sub-Saharan Africa. Macmillan, London; Josef Gugler und William G. Flanagan (1978). Urbanization and Social Change in West Africa. Cambridge, Cambridge University Press. — [3] Der Begriff «signifikant» wird hier im Sinne der Statistik verwendet. Man spricht dann von einem signifikanten Unterschied zwischen zwei Mittelwerten, wenn die Streuung der Beobachtungseinheiten um jeden Mittelwert kleiner ist als dazwischen. — [4] Zwar sinkt der Anteil des Landwirtschaftssektors am Bruttoinlandprodukt von 44% (1965) auf 37% (1981), der Anteil des Sekundärsektors steigt von 18% (1965) auf 22% (1981), doch die Unterschiede sind statistisch nicht signifikant, was bedeutet, dass es keinen gemeinsamen Veränderungsprozess aller schwarzafrikanischen Länder in eine eindeutige Richtung gibt. — [5] Vgl. Peter Heintz, Ein soziologisches Paradigma der Entwicklung, Enke Verlag, Stuttgart. Peter Heintz zeigt in dieser Arbeit den Zusammenhang auf zwischen den Interessen der verschiedenen Machtgruppen in lateinamerikanischen Ländern und der daraus im Hinblick auf gesellschaftliche Lernprozesse und Neuerungen resultierenden Patt-Situation. — [6] Die hier verwendeten Daten stammen aus dem Weltentwicklungsbericht 1984 der Weltbank. — [7] Der Mittelwert für die vorangehende Periode beträgt 93,5% und unterscheidet sich damit nicht signifikant von jenem der späteren Periode mit 91,9%. — [8] Der Korrelationskoeffizient für 31 schwarzafrikanische Länder zwischen der Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion 1974—76 und 1981—83 und beispielsweise dem Düngereinsatz 1982 (in 100 g Pflanzennährstoffe je ha Anbauflä-

che) ist —0,44 (Pearson's r). — [9] Im Jahr 1974 betrug der Durchschnittswert für dieselben 33 schwarzafrikanischen Länder 91%, wobei die Unterschiede statistisch nicht signifikant sind, also die Mittelwerte als gleich betrachtet werden können. — [10] Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate für 1965—1973 ist 3,8%, für 1970—1980 ist sie —0,6% und für 1973—1983 —0,9%. Es besteht ein signifikanter Unterschied zwischen der erstgenannten Periode und den beiden anderen. — [11] Der Unterschied ist statistisch signifikant, beruht jedoch auf der Tatsache, dass für die erste Zeitspanne nur 19 Länder über vollständige Daten verfügen. Die eigenen Berechnungen decken sich jedoch mit den Schätzungen der Weltbank. — [12] Vgl. Weltentwicklungsbericht 1985 der Weltbank, S. 32—37. — [13] Der Pearson-Korrelationskoeffizient für die 33 analysierten Länder beträgt für die siebziger Jahre r = 0,04. — [14] Der betreffende Pearson-Korrelationskoeffizient für die Zeit am Ende der siebziger Jahre beträgt r = —0,02. — [15] Der Pearson-Korrelationskoeffizient für die späten siebziger und frühen achtziger Jahre beträgt r = —0.4.

Emil Staiger zum Gedenken

Vor Zeiten war Emil Staiger, der Ende April im Alter von 79 Jahren gestorben ist, auch ein gelegentlicher Mitarbeiter der *«Schweizer Monatshefte»*. Es gibt von ihm Aufsätze, auch Rezensionen und Theaterkritiken, die in früheren Jahrgängen mit einer gewissen Regelmässigkeit in den Heften dieser Zeitschrift erschienen sind. Durchgeht man die Themen seiner Beiträge und verweilt man beim einen oder andern, so wird deutlich, dass sie in einem kritischen Widerspruch zu Entwicklungen stehen, die der Autor mit Gründen abgelehnt hat. Sein Beitrag zur aktuellen Diskussion, wie sie hier — Politik, Wirtschaft und Kultur umfassend — im Gange ist, bestand darin, dass er den Zeitgeist vor das Gericht der Geschichte lud. Er verhielt sich damit als Mitarbeiter der Zeitschrift nicht anders denn als Forscher und Lehrer, dessen bevorzugte Gegenstände das 18. Jahrhundert und vor allem die Klassik waren, Goethe und seine Zeit, eine Kultur eben, die den Menschen im Hinblick auf eine dauernde Ordnung, auf einen höheren Sinn und auf ein Ziel betrachtet. Nun ist kein Zweifel, dass hierin ein hoher pädagogischer Anspruch liegt, und als Hochschullehrer hat Emil Staiger eine überragende und nachhaltige Wirkung erzielt. Ich sage das nicht allein mit Bezug auf seine Vorliebe für das Klassische und seine Vorbehalte gegenüber dem, was sich — wie zum Beispiel Kleist — nicht in die Ordnung des Wahren, Guten und Schönen fügen wollte. Ich sage es auch und vor allem darum, weil er seine Schüler dazu anhielt, genau zu lesen. *«Dass gepfleget werde/der veste Buchstab und Bestehendes gut/Gedeutet»*, wie er die Einleitung zu seinen Untersuchungen über Brentano, Goethe und Keller *«Die Zeit als Einbildungskraft des Dichters»* mit einem Zitat schliesst, war ihm strenge Voraussetzung jeder Beschäftigung mit Dichtung; als Aufgabe und Gegenstand der Literaturwissenschaft aber nannte er, *«dass wir begreifen, was uns ergreift»*. Damit machte er *«das allersubjektivste Gefühl»* zur Basis wissenschaftlicher Arbeit, die nun darin bestand, das

Ganze aus dem Einzelnen, das Einzelne aus dem Ganzen heraus zu erklären und damit rational nachvollziehbare Erkenntnisse zu gewinnen, ohne damit das unmittelbare Gefühl, die subjektive Beziehung zum Gegenstand Dichtung zu zerstören. Seine Methode ist als die *«Kunst der Interpretation»* in die Geschichte eingegangen. Wissenschaft als Kunst — es ist nicht verwunderlich, dass derartige Kühnheiten Anstoss erregten.

Nichts hat Emil Staiger so sehr bewundert und immer aufs neue zum Gegenstand seiner Interpretation gemacht wie das Werk Goethes. Ihm und seiner Zeit galt sein wissenschaftliches Lebenswerk, und unübertrefflich hat er für uns das Heraufdämmern des Tages, die taufeuchte Frische des Morgens, den klassischen Zenith und den reifen Nachmittag, schliesslich den Abend und das Verdämmern einer einzigartigen Epoche der Literaturgeschichte beschrieben und sichtbar gemacht. Er war ein Lehrer, der seine Schüler zu begeistern vermochte. Seine Anerkennung war herzlich, sein Zuspruch machte Mut. Grossen Wert legte er darauf, dass man nicht nur im Wissen sattelfest war, sondern sich auch auszudrücken vermochte. Die Sorgfalt, die er im Umgang mit dem Text der Dichter forderte, verlangte er auch im Stil des Vortrags, der Seminararbeit oder der Dissertation. Schliesslich galt seine zweite Liebe der Altphilologie. Während Jahren war er mit Ernst Howald befreundet. Er hat den ganzen Sophokles übersetzt, und in seiner Übersetzung ist Sophokles auch auf dem Theater aufgeführt worden. Meine Dankbarkeit ist gross. Was ich im Umgang mit Dichtung und Literatur erfahren und gewonnen habe, ist seiner methodischen Schulung verpflichtet. Nur konnte nicht ausbleiben, dass Schüler und Lehrer in dem, was sie besonders ergriff und was sie bewunderten, getrennte Wege gingen. Ich machte kurz nach Studienabschluss schon die schmerzliche Erfahrung, dass der verehrte Lehrer meine Begeisterung für das Werk Hermann Brochs nicht teilen wollte und gar meinte, ich sei da auf Abwege geraten. Er hielt wohl im ganzen nicht allzuviel von der Moderne, er mass sie an der Goethezeit und fand, dass sie da nicht heranreichte.

In einem seiner späten Werke, einer Sammlung von Interpretationen mit dem Titel *«Spätzeit»,* findet sich die Studie *«Schellings Schwermut».* Darin schildert Emil Staiger, wie Schelling 1841 seine Professur in Berlin antrat: *«Vor wenigen Freunden aus früheren Tagen, die alt und müde waren wie er, und einer grossen Menge, die ihm keinen Glauben zu schenken bereit war, die ihn betrachtete wie ein Fossil, ein sonderbares, immerhin bemerkenswertes Ungeheuer aus einer längst versunkenen Welt, erhob er sich und stand er da und wagte er es, die Worte zu sprechen . . .»* Im Wortlaut gibt Staiger dann, was er so feierlich eingeleitet hat: Schellings sehr persönlichen und bewegenden Rückblick auf die Epoche, die er mitgeprägt hat. *«Eitles Selbstrühmen»* sei ihm fern, er habe sich vom Schauplatz zurückgezogen, habe inzwischen jedes Urteil schweigend über sich ergehen lassen. Lästig, das fühle er, müsse er wohl zum Teil sein. Man habe ihn eingeordnet, man glaube genau zu wissen, was an ihm sei. Und dann steht da auch, in Schellings Rede, der Satz: *«Nun soll man mit mir von vorn anfangen und einsehen, dass doch etwas an mir gewesen, von dem man nicht wusste.»*

«Spätzeit» erschien 1973, sieben

Jahre nach Emil Staigers Rede *«Literatur und Öffentlichkeit»*, die er anlässlich der Entgegennahme des Zürcher Literaturpreises im Schauspielhaus gehalten hatte und die alsbald den sogenannten Zürcher Literaturstreit auslöste, den Aufstand der «engagierten» Autoren und Kritiker gegen den Hüter der hohen Klassik, den Interpreten einer Dichtung, die seiner Überzeugung nach den Wandel der Zeit überdauerte. Was Emil Staiger in jener Rede sagte, war gewiss anfechtbar, weil er verallgemeinerte. Keine Frage, er fand nie so recht ein positives Verhältnis zum Zeitgenössischen, und die Autoren, die er von seinem Verdikt vielleicht ausnahm, nicht eben viele, sind wohl nicht die, die unsere Gegenwart wirklich repräsentieren. Doch die Kampagne, die gegen den berühmten Zürcher Germanisten damals losging, schoss weit über das Ziel hinaus. Das Jahr 1968 kündigte sich an, die Rebellion gegen die Ordinarien, gegen das «Bildungsbürgertum» und nicht zuletzt auch gegen die Goethe-Verehrung. Literarische Fehden können weiterführen, können Beweis sein für die Lebendigkeit einer literarischen Kultur. Der Zürcher Literaturstreit ist nicht von dieser Art. Seinen Aufsatz über *«Schellings Schwermut»* schliesst Emil Staiger übrigens mit den Sätzen: *«Er war nicht mehr der Mann, auf den die Jugend ihre Hoffnung setzte. Er war ein Wort aus einem abgeschlossenen Kapitel des deutschen Geistes. Und dennoch würden wir heute sagen, dass der scheinbar vermessene Stolz des alten Mannes berechtigt war. Denn jene, die ihn damals mit einer spöttischen Neugier besahen, waren nicht weiter vorgedrungen als er. Sie hatten ihn keineswegs überwunden, sondern nur das Geheimnis vergessen, als dessen Myste er vor sie trat, so ganz vergessen, dass nicht einmal die Abschiedsschwermut übrigblieb.»*

Ich kann diese Sätze, die Emil Staiger über Schelling geschrieben hat, nicht lesen, ohne mich zu fragen, ob er da nicht auch eine mannhafte und stolze Antwort auf eigene bittere Erfahrungen ausspreche. Möglich ist es wohl, doch denke ich auch, er könne seinen Humor nicht verloren haben. Menschliche Enttäuschungen hat ihm der Streit gebracht; seine Schaffenskraft ist ihm auch nach seiner Emeritierung erhalten geblieben. Er übersetzte aus dem Griechischen sowohl wie aus dem Italienischen, in Versen gar Tassos *«Gerusalemme Liberata»*. Und er schrieb die Studie *«Vor drei Bildern»* und zeigte uns, wie sich sein Stilbegriff auch bei der Betrachtung von Werken bildender Kunst bewährt.

Anton Krättli

Ein Meister des Indirekten

Gerhard Meier zum siebzigsten Geburtstag

In Reto Hännys Roman *«Flug»* kommt, aus der Vogelperspektive wahrgenommen, auf einmal Gösgen ins Blickfeld, dann der Jura — und plötzlich steht da, unvermittelt, unverfremdet, der Name

NIEDERBIPP

Es könnte auch AMREIN heissen — und gemeint wäre, so oder so, ein Ort, der sich nicht nur auf der geographischen, sondern auch auf der literarischen Landkarte der Schweiz befindet. Und der Mann, der diesen Ort bewohnt, beziehungsweise aus Sprache entstehen lässt, wird am 20. Juni dieses Jahres, ein Winziges vor dem längsten Tag also, siebzig Jahre alt. Reto Hänny, immer auf seinem Flug über die Schweiz, begnügt sich nicht damit, diesen Ort zu überfliegen, aber er stösst auch nicht hinab wie ein Habicht auf seine Beute (beides wäre dem Manne, dem er sich nähern will, gleich unangemessen), sondern da wird unmerklich aus Erinnerung Gegenwart, aus Vorstellung Realität; der Flugzeugpassagier steht oder sitzt unversehens am Abhang über Niederbipp und lässt sich von dem, den er G nennt, die Kreidefelsen von Rügen zeigen, und dahinter, vermutlich, das Meer, die Weite Caspar David Friedrichs, der, wenn er Luft malte, kein Gerede vertrug. Und später redet G mit Indianern — denn auch die Prärie gehört zu den Möglichkeiten der Landschaft am Jurasüdfuss!

Von sich weg weist also G seinen Besucher, zu dem, was er wahrnimmt und was doch von seiner Vorstellungskraft durchtränkt ist; von sich weg weist der Schriftsteller Gerhard Meier seine Leser: zum Holz, das in Schreinereien nach Holz riecht, oder zu Fürst Andreji unter dem nächtlichen Himmel nach der Schlacht von Borodino. Doch könnte er statt von sich weg auch in sich hineinweisen; und da wäre, gespeichert wie in einem Museumsraum, befestigt an den Wänden der Seele, das zu finden, was einer im Leben wahrgenommen und des Erinnerns wert gefunden hat. Innen und aussen also in geheimnisvoller Korrespondenz; fast verlegen versucht man sich an dem grossen Wort: Weltinnenraum.

Wie anders als indirekt dürfte man über diesen Meister des Indirekten schreiben? Sofort geraten einem — versucht man den direkten Zugriff — die Wörter ins Rutschen, und dies um so mehr, je besser man ihn kennt. Kennen — was heisst das schon? Es wäre eine Untersuchung wert zu zeigen, mit welchen stilistischen Mitteln Gerhard Meier seinen Wörtern alles Eindeutige, Zugreifende wegzaubert. Schon nur die vielen relativierenden Wendungen — das Rudel der «sozusagen», «fast», «soll K. gesagt haben» — mahnen zur Vorsicht, bekunden Respekt vor der Person des anderen, vor dem «zerbrechlichen Menschen», der mit Sprache nicht zu hart angepackt werden darf.

Schon im persönlichen, im heiteren Gespräch kann man das Staunen lernen. Wenn Meier zum Beispiel von einem Bekannten sagt, das sei ein «feiner Mensch» — dann ist das die bare

Ironie, gerichtet gegen den phrasenhaften Gebrauch der Wörter, aber auch gegen den Glauben, man könne Menschen damit aufspiessen wie tote Schmetterlinge. Und wenn er emphatisch ausruft, dieser oder jener unter den Literaten «könne schreiben» («schriibe», mit sehr langem i!), so versteckt sich im Lob etwas Schlimmeres als Ironie: es zielt auf eine Schreibe, hinter welcher — sozusagen — die Leere gähnt. Er selber habe wenig gelesen, kaum etwas, behauptet er, aber verschweigt, weil es ihm selbstverständlich ist, dass er aus wenigen Sätzen einen Autor erahnt, Affinität und Fremdheit witternd unterscheidet.

Erinnerungsfetzen, Details, die sich im Rückblick einstellen. Aber ungleich deutlicher haftet das Nichtanekdotische in der Erinnerung, das Atmosphärische: der Blick aus dem kleinen Café hinab auf die Gleise, vormittags, der Wind, der wehte, als wir zusammen das Grab Bakunins suchten (und erst im zweiten Anlauf fanden) — vor allem der Wind:

«Wind
Sanftmütiger
seit langem versuchst du
den Bäumen das Gehen
beizubringen du
Unbelehrbarer»

Vor vielen Jahren haben sich diese Verse in meinem Kopf eingenistet, und sie erheben sich, wenn Wind sich erhebt. Aber niemand, der sie damals las, konnte ahnen, dass dieses Bildchen (halb surrealer Einfall, halb peinture naïve) ins Grosse wachsen würde; dass in den letzten Romanen Meiers den Bäumen ein Geschichtsbewusstsein zugetraut wird, vor allem wenn es Kastanien sind, und dass der Wind, der Sanftmütige, Unbelehrbare, Ungreifbare, als der eigentliche Träger der Überlieferung erscheint, der persönlichen wie der geschichtlichen, dem Tiere und Menschen die Litaneien ihres Lebens anvertrauen — und die Dichter, die nie ganz zum Schreiben finden, ihre Texte, vielleicht die besten. So wenig wie man wissen konnte, dass der, der da anfing mit kleinen, skurrilen und poetischen Gedichten, den Höhepunkt seines Schaffens in grossen Romanen erreichen würde: in Romanen über nichts, über die Lücken zwischen den Ereignissen, über das Gehen, das die Bäume nicht lernen wollen, das aber die Rettung der Menschen ist — und immer wieder über das Haschen nach Wind, das nicht der Verzweiflung entspringt, sondern dem Vertrauen, das Ungreifbare und Fragile sei das wahrhaft Beständige.

Wo aber steht einer, der das Haschen nach Wind liebt und den «zerbrechlichen Menschen», in der gegenwärtigen Literatur der deutschen Schweiz? Frisch ist ihr grosser, ein weithin sichtbarer Repräsentant; Dürrenmatt ein anerkannter Aussenseiter. Und Meier? In Niederbipp, könnte man sagen, schlägt, unauffällig, doch unüberhörbar, das poetische Herz der Schweiz. Falls es so etwas gibt wie ein poetisches Herz der Schweiz.

Elsbeth Pulver